

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten-Zentrum
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadtstr. 10, Dresden

Abend-Ausgabe bei Nacht
Verleger: Nachrichten-Zentrum
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadtstr. 10, Dresden

Verlag: Nachrichten-Zentrum
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadtstr. 10, Dresden

Italienischer Appell an Amerika

„Popolo d'Italia“ fordert Einheitsfront Europas

Mailand, 14. Jan. „Popolo d'Italia“ veröffentlicht unter der Überschrift „Ansprache an Amerika“ einen Artikel, in dem es u. a. heißt: Es gibt nur einen einzigen Staat, der niemandem etwas schuldet und der Gläubiger ist: Das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Das man früher oder später zu einer Einigung der deutschen Reparationen gelangen müsse, war bereits allgemeine Uebereinstimmung. Die deutsche Regierung hat jetzt der ganzen Welt durch ihre Vorkämpfer offiziell zur Kenntnis gebracht, daß Deutschland weder heute noch morgen, noch jemals zahlen könne. Das ist die vollendete Tatsache. Als solche ist sie unumwiderrlich. England brachte durch seinen Premierminister zur Kenntnis, daß es sich der Annahme radikaler Lösungen nicht widersetze. Frankreich findet in der noch nicht präzisierten Haltung der Vereinigten Staaten einen Grund für seine Unnachgiebigkeit. Der Schlüssel zur Lösung des Problems befindet sich also in den Händen der Vereinigten Staaten.

Was tun?

Es gibt jetzt nur noch ein Mittel, um aus dieser Lage herauszukommen, indem nämlich die europäischen Staaten auf ihre gegenseitigen Schulden als Schuldner und Gläubiger verzichten. Ist dieser erste Schritt getan, so müßten

die europäischen Staaten eine Einheitsfront der Schuldner gegenüber Amerika bilden.

Nach Verzicht auf ihre Kredite könnten sie mit ruhigem Gewissen die Einziehung ihrer Schulden seitens der Vereinigten Staaten.

Die Wirtschaft gegen jedes Kompromiß

Rundgebung auf dem Industrie- und Handelskongress

Berlin, 14. Jan. Der Deutsche Industrie- und Handelskongress trat am 13./14. Januar 1932 zu einer Sitzung seines Hauptausschusses unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Grund (Dresden) zusammen. Der Präsident führte in seiner Eröffnungsrede aus: Keine deutsche Regierung wird jemals in der Lage sein, mit innerpolitischen Maßnahmen das Problem zu lösen, wenn es nicht gelingt, die Hauptursache unserer wirtschaftlichen und finanziellen Nöte zu beseitigen. Die politische Forderung ist es, die Deutschland die Erfüllung seiner wirtschaftlichen Verpflichtungen unmöglich machen.

Ohne endgültige Aufhebung der politischen Verschuldung Deutschlands gibt es keine Wiederherstellung seiner Kreditwürdigkeit und keinen Wiederaufstieg seiner Wirtschaft.

Wir wissen dem Herrn Reichskanzler Dank dafür, daß er dies mit Klarheit und Eindringlichkeit ausgesprochen hat, und vertrauen darauf, daß er in diesem Sinne handeln wird. Ich glaube, der Herr Reichskanzler kann die Uebereinstimmung mit nach Hause nehmen, daß es gar nicht die deutsche Volk — in dieser Frage einmal einig — jedes weitere Kompromiß für das deutsche Volk ablehnt. Das Vertrauen der von uns vertretenen deutschen Wirtschaft steht jedenfalls geschlossen hinter ihm.

Die Versammlung machte sich diese Erklärung des Präsidenten einhimmlich zu eigen.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, gab sodann einen Überblick über die Aufgaben, die sich aus seinem Arbeitsgebiet ergeben. Hierauf wandte sich die Beratung auf Grund eines Berichtes von Dr. Ostermeyer, Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Königsberg, den Fragen der Preisordnung zu.

„Erbulverzicht brachte tausendfachen Gewinn“

London, 14. Jan. Sir Walter Ranton, der britische Sachverständige im Doleer-Auditorium, hielt gestern Abend auf einem Essen eine Rede über die Finanzlage der Welt, in der er u. a. ausführte: Die Schuldenfrage ist der wichtigste der Faktoren, die eine ungewöhnlich schwere Handelsdepression herauf beschworen haben, daß die Gefahr des Zusammenbruchs des ganzen Wirtschaftssystems besteht. Die Reserve der Deutschen Reichsbank ist außerordentlich gering, und ihre Fähigkeit zu Rückzahlungen nimmt in schrecklichem Tempo ab. Die völlige Erlösung des Wirtschaftslebens droht. Deshalb muß so schnell wie möglich an den Wiederaufbau gegangen werden. Aber er ist unmöglich. Der Strom des Kapitals läßt sich

Staat fordern. Gegenüber solcher Willensbetonung geht Europa, das durch gegenseitigen Schuldnercharakter bewiesen, daß es den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten überwinden hätte, während die Vereinigten Staaten sich nicht scheuen, hartnäckig zu bleiben. Die Amerikaner würden es ablehnen, in der Geschichte der Menschheit als die einzigen dauernden Ruhmstrolche des Krieges zu erscheinen. Nur der moralischen Beweggründe gibt es solche materielle Art, welche die Amerikaner veranlassen müßten, selbst die Währungsfrage zu schließen. Wenn schon das einjährige Hoovermoratorium die Welt ermutigen konnte, wie kann man dann an einer Erhöhung zweifeln, wenn der Weg ein für allemal von dem vielleicht größten Hindernis befreit ist, das heute die Welt lähmt. Es liegt im Interesse der Vereinigten Staaten selbst, die Wege einer Verständigung zu machen. Der erste Schritt aber muß in Europa getan werden. Die große Gefahr der Welt liegt nicht in der Unklarheit zwischen den beiden Ufern des Atlantischen Ozeans.

die einzigen dauernden Ruhmstrolche des Krieges

Wie uns unsere Berliner Schriftleitung drahtet, hat der Vorstand des „Popolo d'Italia“ in der Wilhelmstraße die allernächste Forderung herausgerufen. Es wird unterstrichen, daß dieses Vorgehen durchaus in der Richtung der deutschen Wünsche liegt. Gleichzeitig wendet man sich mit großer Schärfe gegen Behauptungen Dr. Reichs in London, die sich auf die Außenpolitik beziehen. Er vertritt die Erklärung, daß ein Moratorium für Reparationen und deren vorläufiges Ergebnis in Kaufnahme mit dem Schicksal der deutsch-amerikanischen Solidität unter Curtius und folgerichtig, daß die Einigung auf eine neue Forderung nach Hause bringen würde. In der Wilhelmstraße wird erklärt, daß eine solche Mitteilung als Dankschreiben gegen die Stellung der deutschen Außenpolitik aufgefaßt werden müsse und schärfste Zurückweisung verdiene.

nicht wieder in Bewegung bringen, wenn irgendwelche Gefahr droht, daß die letzte Lage wiederkehrt. Hier liegt die Wurzel des ganzen Problems. Es ist zwecklos, jetzt eine vorläufige Regelung zu treffen. Ein zweijähriges Moratorium wäre noch schlimmer als ein einjähriges, weil die Ungewißheit dann noch länger dauert. Die deutsche Auffassung, daß die Gesamtheit der Kriegsschulden restlos annulliert werden sollte, sei unwirtschaftlich; denn letzten Endes müßte doch jemand bezahlen. Deutschland könne etwas bezahlen, wenn ein Plan aufgestellt werde, dessen fördernder Einfluß während der Zeiten der Depression ausgedehnt werden könnte, oder der überhaupt keine Störung verursachte. Ranton fuhr dann fort: Was die Reparationsfrage betrifft, so ist es von weitestgehender Bedeutung, daß es jetzt zu einer Vereinbarung kommt, die den sofortigen Beginn des Wiederaufbaues gestattet. Wir können nicht zwölf Monate warten. Eine Beseitigung der ganzen Reparationsfrage wäre aus heutiger Sicht wünschenswert, weil dadurch die Weltverschuldung der Kriegszeit beseitigt würde. Der Gewinn würde tausendfach sein. Wenn Frankreich seine Stellung wirklich sichern wollte, könnte es gar nichts Besseres tun, als die Forderung zu übernehmen und vorzuschlagen, die Reparationen zu beseitigen, oder auf eine rein nominelle Milderung im Jahre zu verzichten. Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist, so schloß Ranton, ohne eine französisch-deutsche Vereinbarung unmöglich. Zu einer solchen wird es aber nicht kommen, wenn sie nicht mit Zustimmung der Österreicher in Deutschland erfolgt.

Hoover stellt die Schuldenfrage zurück

New York, 14. Januar. „New York Times“ und „New York Herald Tribune“ erklären heute übereinstimmend, daß Präsident Hoover angesichts der nationalen Wirtschaftskrise sich entschlossen hat, alle europäischen Fragen, ausgenommen die Abrechnungsfrage, zurückzustellen, um seine volle Kraft der Lösung der wichtigsten Fragen des eigenen Landes zu widmen. Das Regierungsbüro schreibt, Hoover lehne selbst informatorische Schuldenverhandlungen ab, obwohl er persönlich eine langsame fortschreitende Schuldenrevision für angebracht halte. Die „New York Times“ erklärt in einem Leitartikel, wenn die Alliierten versuchen sollten, die Hilfe für Deutschland von der Rückgabe der Vereinigten Staaten abhängig zu machen, so wäre der Gedanke der Währungsrevision schon hier, bevor sich die Konferenzteilnehmer von ihren Sätzen erheben würden.

Rein amerikanischer Beobachter für Kaufmann, Staatssekretär in London hat es, wie amtlich mitgeteilt wird, abgelehnt einen Beobachter zur Tribulkonferenz nach Kaufmann zu entsenden.

Der Stand der Reichspräsidentenfrage

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Januar. Eine Rede, die der Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Dr. Frick, in London in der Nacht gehalten hat, unterbreitet die Rechner der Ausführungen noch einmal und präzisiert die Bedingungen, die die Nationalsozialisten in der Präsidentschaftsfrage durchzuführen jetzt offenbar entschlossen sind. Zwar hält man sich nach Münchner Meldungen im Braunes Haus noch zurück und erklärt zur Rechner Rede Fricks, daß diese im Wortlaut noch nicht vorliegt und man sich deshalb zu seinen Darlegungen noch nicht äußern könne.

Offiziell wird erklärt, die Reichsleitung der NSDAP habe sich mit der Reichspräsidentenwahl durch Volkswahl noch nicht befaßt.

Das steht danach aus, als ob man zwar im Braunes Haus bekräftigt, einer endgültigen Entscheidung noch auszuweichen, inzwischen aber wohl die Parole ausgegeben hat, den Druck auf Brüning zu verstärken. Da aber nun auf der anderen Seite nach Lage der Dinge nicht angenommen werden kann, daß sich der Reichspräsident von Brüning trennt oder Brüning unter Rücksichtnahme auf den Reichspräsidenten von selbst die Konsequenz zieht, um den Weg zu einer neuen Hindenburgwahl freizugeben, müssen die Aussichten einer Einheitsfrontkandidatur Hindenburgs als sich in steigendem Maße verschlechternd bezeichnet werden.

Um den sogenannten mittelparteilichen oder parteipolitisch neutralen Wahlkandidat für Hindenburg ist es inzwischen ziemlich still geworden.

Da sich gegen die Persönlichkeit Weizsäckers eine erhebliche Antipathie der Linken geltend gemacht hat. Einige Parteien der Halbrechten, die bei dieser Aktion zunächst mit genannt wurden, haben es inzwischen vorgezogen, sich von der Sache zurückzuziehen. So teilt die Reichsparteileitung des Deutschen Landvolkes mit, daß die Werbung, das Landvolk habe an den Besprechungen der Mittelparteien über eine gemeinsame Kandidatenaufstellung zur Reichspräsidentenwahl teilgenommen, unzutreffend sei.

Mahrens' Vorschlag einstimmig abgelehnt

Berlin, 14. Jan. Zum Antrag des Jungdeutschen Ordens auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtverlängerung Hindenburgs nehmen verschiedene Berliner Zeitungen Stellung.

Die „D. N. Z.“ schreibt, daß dieser Aktion in politischen Kreisen keine besondere Bedeutung beigemessen werde. Es sei zweifelhaft, ob sie überhaupt durchgeführt werde, da sie sich demnach zuviel Zeit in Anspruch nehme. Auch die „Germania“ weist darauf hin, daß der Antrag den Reichsteil eines alten großen Zeitverlustes habe. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet den Vorschlag als einen unbrauchbaren Ausweg. Die „Völkzeitung“ nennt den Gedanken der Einrichtung eines Volksbegehrens gewissermaßen als Erfolg für eine verfassungsmäßige Wahl abturd. Die „Völkzeitung“ hebt hervor, daß der Vorschlag keine Resonanz gefunden habe, da er wegen des Zeitverlustes nicht zu verwirklichen sei. Der „Vorwärts“ spricht von einem Scheitern der Aktion, da Hindenburg auf dem normalen Wege mit relativer Mehrheit wiedergewählt werden könnte, während der Vorschlag des Jungdeutschen Ordens die absolute Mehrheit aller Wahlberechtigten, d. h. etwa 10 Millionen Stimmen mehr brauche.

In Berlin nahm die Polizei heute nacht fünf Kommunisten fest, die zu einer 15 Mann starken Maffolonnen gehörten und den Raum an einer Bahnunterführung mit der Aufschrift bemalt hatten: „Die rote Jungfront lebt. Wählt Thalmann!“

Sitzung des Reichskabinetts noch diese Woche

Berlin, 14. Jan. Das Reichskabinett wird noch im Laufe dieser Woche zusammentreten, um sich sowohl mit den Vorbereitungen für die Abrechnungskonferenz als auch mit laufenden innerpolitischen Fragen zu befassen. Bei dieser Gelegenheit dürften auch die landwirtschaftlichen Reformen beraten werden, die Reichsernährungsminister Schiele in seiner kürzlichen Rundfunkrede erwähnte.

Deutscher Einspruch in Warschau

Berlin, 14. Januar. Der deutsche Gesandte in Warschau hat bei der polnischen Regierung in Warschau wegen der Ausweitung der 70 Ökonomiefamilien aus dem Korridorgebiet interveniert. Die polnische Regierung hat schnelle Nachprüfung der Angelegenheit und umgehende Benachrichtigung ausgesetzt.

Polen erhöht die Einfuhrzölle weiter

Warschau, 14. Jan. Der gestern in Warschau erschienene „Dziennik Wlaski“, das polnische amtliche Gesetz- und Verordnungsblatt enthält eine Verordnung, durch die die Zollmanipulationsgebühr von bisher 10 auf 20 Prozent erhöht wird. Das kommt in der Wirkung einer weiteren 10prozentigen Erhöhung sämtlicher Einfuhrzölle gleich.

Advertisement for 'R' (likely a brand name) and 'WITZER' (a brand name). The text is partially obscured and includes a logo with a scale of justice.